

# Niederschrift über die 30. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.10.2024, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

## Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

<b>Vorsitz</b>		
Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg	Bürgermeisterin	
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	Vertretung für Herrn Marcel Stratmann
Herr Thomas Michels	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Musholt
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Herr Holger Weiling	CDU	
<b>Verwaltung</b>		
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann	Kämmerin	
Frau Birthe Glaesmann	FBL 30	
Herr Holger Ludorf	FB 60	
Frau Katharina Woltering		
<b>Gäste</b>		
Herr Dirk Kleiböhmer	Bezirksregierung MS	
Herr Benjamin Küfer	Kreisbrandmeister	
Herr Marc Lohoff	Bezirksregierung MS	

Schriftführung: Frau Katharina Woltering

Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 21:13 Uhr.



## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Coesfeld  
Vorlage: 028/2024
- 3 Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Coesfeld  
Vorlage: 028/2024/1
- 4 Anregung gem. § 24 GO NRW - Entfernung eines Baumes  
Vorlage: 244/2024
- 5 Ergebnis des Prüfauftrages zur Verlegung der Krammärkte und des Ursulamarktes  
Vorlage: 206/2024
- 6 Innenstadt-Parken  
Vorlage: 254/2024
- 7 Änderung der Satzung über u.a. die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Kindertageseinrichtungen und die Betreuung in Kindertagespflege  
Vorlage: 168/2024
- 8 Antrag auf Gewährung eines Investitionskostenzuschusses aus der Sportpauschale zur Errichtung eines Vereinsheimes des SC Coesfeld 1951 e.V. auf dem Gelände des COE-Bades Coesfeld  
Vorlage: 230/2024
- 9 Umgestaltung des Oldendorper Weges  
Vorlage: 185/2024/2
- 10 Festlegung der Vorgehensweise zur Erhebung der Grundsteuer ab 2025 (Auswirkungen der Grundsteuerreform)  
Vorlage: 255/2024
- 11 Anfragen

### **Nicht öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Verkauf zweier Kleinstparzellen  
Vorlage: 256/2024
- 3 Verkauf einer städtischen Teilfläche  
Vorlage: 264/2024
- 4 Ankaufsrecht für eine zukünftige Straßenverkehrsfläche  
Vorlage: 257/2024
- 5 Anfragen

## Erledigung der Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Es liegen keine Mitteilungen seitens der Bürgermeisterin vor.

TOP 2	Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Coesfeld Vorlage: 028/2024
-------	---

Es wird direkt über die Ergänzungsvorlage 028/2024/1 beraten.

TOP 3	Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Coesfeld Vorlage: 028/2024/1
-------	---

Herr Beigeordneter Thies zeigt die Einsatzzahlen und den Grad der Zielerreichung der Jahre 2022 bis 2024 anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Bei dem Schutzziel 1 habe man eine nicht so hohe Zielerreichung vorzuweisen.

Herr Böyer fragt, ob die Zielerreichung ohne Personalsteigerung, z. B. durch einen weiteren Standort oder weitere Technik erreicht werden könne.

Herr Küfer, Kreisbrandmeister, antwortet, dass ein zusätzlicher Standort auch ein weiteres Fahrzeug bedinge und ein weiteres Fahrzeug wiederum zusätzliches Personal. Es müssten bestimmte Besetzungen vorliegen.

Herr Michels verweist auf regionalübergreifende Absprachen in anderen Kommunen und nennt explizit den Führungsdienst. Hier würden rotierende Systeme geführt, sodass immer sichergestellt sei, vorgeschriebene Funktionsträger vor Ort zu haben. Er sehe kein Problem, wenn Ehrenamtliche und Hauptamtliche gleichgestellt werden. Zudem fragt er, ob bei Menschenrettung immer auf genügend Funktionsträger mit Atemschutz gewartet werden müsse.

Herr Küfer antwortet, dass nur bei Menschenrettung von der Vorgabe des UVV abgewichen werden dürfe. Das Personal müsse aber so aufgestellt sein, dass man im Einsatz truppenweise vorgehen könne.

Herr Kleiböhmer, Brandschutzdezernent der Bezirksregierung Münster, erläutert grundsätzliche Anforderungen: die Hauptamtlichen sollten bestimmte Einsätze alleine fahren können und die Ehrenamtlichen entlasten. Klar sei, dass das Schutzziel 1 nur mit der freiwilligen Feuerwehr erreicht werden könne. Trotzdem müsse das Hauptamt vollständig sein und bei Menschenrettung vor Ort sein.

Herr Küfer ergänzt, dass die Entlastung der Ehrenamtlichen auch eine Entlastung für deren Arbeitgeber sei. So müssten keine Kleinsatze durch Ehrenamtliche gefahren werden.

Herr Beigeordneter Thies erläutert, dass es sich um eine Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans handele. Daher habe man keine neuen Systeme beleuchtet. Der Plan wurde anhand des bestehenden Systems fortgeschrieben.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg resümiert, dass die Ehrenamtlichen nicht entlastet werden wollen.

Herr Kleiböhmer ergänzt, dass auch die Drehleiter überarbeitungswürdig sei. Die Daten und Vorschläge aus dem vorgelegten Brandschutzbedarfsplans seien faktisch in Ordnung, aber nicht ohne eine weitere Stelle. Der Rat habe hier auch eine Verantwortung. Ein bewusstes Unterschreiten der Anforderungen würde dem Rat im Schadenfall angerechnet werden.

Die Fraktionen sprechen sich dafür aus, dass versucht werden soll, den Brandschutzbedarfsplan so umzuschreiben, dass ein System zu Grunde gelegt wird, damit eine weitere Hauptamtliche Stelle vermieden werden kann. Daher steht die Frage im Raum, wie viel Zeit man seitens der Bezirksregierung bekäme, um beim Konzept nachzubessern.

Herr Kleiböhmer erläutert, dass im Moment kein gültiger Brandschutzbedarfsplan vorliege und auch die Ausnahmegenehmigung abgelaufen sei. Man könne dies maximal noch einen weiteren Monat dulden. Eine Umschreibung des Brandschutzbedarfsplanes müsse dann ein anderes System mit geeigneten Maßnahmen und Beschreibungen enthalten. Außerdem weist Herr Kleiböhmer darauf hin, dass es bei der Ausnahmegenehmigung eine jährliche Berichtsfrist gebe. Wenn die Zahlen sinken würden, müsse nachgebessert werden.

Die Fraktionen sprechen sich dafür aus, dass innerhalb der Frist alles versucht werden solle, den Brandschutzbedarfsplan entsprechend zu ändern.

Herr Michels hat noch eine Frage bezüglich der Drehleiter. Laut Landesbauordnung gebe es Fälle, bei denen die Drehleiter als Fluchtweg gegeben sein müsse. Herr Michels fragt, ob dies überall so sein müsse oder nur an definierten Stellen.

Herr Kleiböhmer antwortet, dass es laut Bauordnung zwei Rettungswege pro Gebäude geben müsse. Der erste müsse immer baulich sein und der zweite könne durch die Drehleiter dargestellt werden. Wenn die Voraussetzungen stimmen, könne die Drehleiter angerechnet werden.

Frau Bürgermeisterin schließt die Diskussion und stellt fest, dass eine Beschlussfassung über den Entwurf des Brandschutzbedarfsplans nicht angezeigt ist. Man werde sich an den Gutachter wenden und bitten, in der Kürze der Zeit, ein neues Modell vorzulegen.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses bestätigen einstimmig, die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

TOP 4 Anregung gem. § 24 GO NRW - Entfernung eines Baumes  
Vorlage: 244/2024

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, die Anregung der Eigentümergeinschaft Berkelwiese 44, Berkelwiese 44, Coesfeld an den Umweltausschuss zu überweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 5 Ergebnis des Prüfauftrages zur Verlegung der Krammärkte und des Ursulamarktes  
Vorlage: 206/2024

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg geht auf das Ergebnis des Prüfauftrages der Fraktion Pro Coesfeld ein. Der Tenor sei, dass eine weitere Verlegung des Krammarktes nur noch mehr Unsicherheit bringe. Die Marktbesicker wollen nicht den Freitag, die Händler nicht das Wochenende.

Herr Böyer bedankt sich für die Befragung und betont, dass seine Fraktion nicht die Absicht hatte, sofort etwas zu ändern. Das Interesse bestünde darin, wie auf eine Änderung reagiert würde. Da gebe es nach der Befragung offensichtlich verschiedene Meinungen.

Frau Diekmann-Cloppenburg betont, dass auch eine Veränderung für das Jahr 2025 schwierig werde, da die Daten schon feststehen.

Herr Beigeordneter Thies bestätigt die unterschiedlichen Interessen. Zudem sei es für die Händler schwierig, Nachfolger zu finden. Zusätzliche Händler seien daher nicht zu erwarten.

TOP 6 Innenstadt-Parken  
Vorlage: 254/2024

Zu Beginn der Beratung führt Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg aus, dass ein sehr negatives Bild in der Kommunikation entstanden sei. Es werde berichtet, dass man in Coesfeld nicht mehr parken könne und Straßen gesperrt seien. Faktisch können aber alle mit dem Auto in die Stadt, es gebe genug Parkplätze. Es sei daher nun wichtig, die Auswirkung der erhöhten Parkgebühren messbar zu machen und ein Controlling darstellen zu können. Auf der Homepage der Stadt Coesfeld werde das Thema Parken aufgegriffen, es gebe auch weiterhin kostenfreie Parkplätze.

Gleichzeitig sei die Erhöhung der Parkgebühren vor allem als Steuerungselement verabschiedet worden. Die Mehreinnahmen sollen dem Handel nun im Rahmen einer Rabattaktion mittels

digitaler Park-App zurückgegeben werden und das Weihnachtsgeschäft unterstützt werden. Zudem wolle man mit Kursen der Caritas helfen, das digitale Bezahlen zu erläutern.

Der aktuelle Wert von 1,80€ habe, so Frau Diekmann-Cloppenburg, zu rein praktischen Problemen geführt, sodass es zu Überzahlungen gekommen sei. Hier wolle man nun nachbessern. Jedoch müsse bei einer Änderung der Parkgebühren in 0,20€-Schritten vorgegangen werden. Eine Gebühr von 1,50€ komme beispielsweise nicht in Betracht.

Herr I. Beigeordneter Hänsel gibt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, einen Überblick über verkaufte Parktickets auf öffentlichen Stellplätzen, ohne das Parkhaus am Krankenhaus und Marktgarage. Er weist jedoch darauf hin, dass die Daten sich nur auf kostenpflichtige Parkplätze beziehen würden. Herr Hänsel berichtet, dass die günstigen Parkplätze vermehrt angefahren würden. Das Steuerungsinstrument würde funktionieren.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg ergänzt, dass einige Leute nicht mehr in die Marktgarage fahren, weil sie verunsichert sind, wie das bargeldlose Bezahlen funktioniert. Auch hier werde es Termine mit dem Seniorennetzwerk Coesfeld geben, bei denen erklärt wird, wie das Bezahlen am Automaten funktioniert.

Herr Tranel erläutert, dass es offensichtlich einen Unterschied zwischen Theorie und der öffentlichen Wahrnehmung gebe. Rein rechnerisch finde man immer einen Parkplatz, aber subjektiv sei dies anders. Die hohen Gebühren würden dieses Gefühl verstärken. Es werde daher eine mehr als moderate Senkung gebraucht, um dies zu revidieren.

Den Beschlussvorschlag 1 halte die CDU für sinnvoll. Eine Senkung der Parkgebühren auf 1,60€, wie in Beschlussvorschlag 2 vorgeschlagen, sei nicht genug, die CDU spreche sich für eine Reduzierung auf 1,20€ in Zone 1 aus. Auch die Gutschein-Aktion sei zu kompliziert. Um einen Wow-Effekt zu erzielen, spreche sich die CDU für kostenfreies Parken ab 14 Uhr aus, dann seien viele Berufstätige schon weg.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg ergänzt, dass die Gutschein-Aktion nicht nur bei Stadtmarketing-Mitgliedern stattfinden soll. Der Handel solle auch motiviert werden, sich mit solchen Konzepten zu beschäftigen. Zu den Gebühren teilt Frau Diekmann-Cloppenburg mit, dass 1,20€ nicht von den Stadtwerken empfohlen wurden. Bei diesem Betrag müsste die Stadt entsprechende Finanzierungslücken schließen.

Zudem stellt Frau Diekmann-Cloppenburg klar, dass in der Kupferstraße drei Stellplätze umgewidmet worden seien in Ladezone, sonst seien bis dato keine Parkplätze weggefallen.

Frau Albertz sieht die Stimmung schlechter als die Lage. Frau Albertz betont, sich im Mobilitätskonzept nicht geirrt zu haben, Schadstoffe sollten reduziert werden. Sie würde sich vom Einzelhandel belastbare Zahlen wünschen. Auch Onlinehandel, Inflation und weitere Faktoren würden Besucherzahlen beeinflussen.

Herr Volmer plädiert dafür, dass konsequentes Handeln, falls nötig, auch Nachbesserungen erfordere. Man könne beobachten, dass zentral in der Innenstadt Parkplätze frei seien, während die Außenparkplätze voll seien. Insofern sei ein Ziel erreicht. Ob es weniger Kaufkraft gebe, wie in Zone 1 weniger geparkt werde, sei nicht nachweisbar. Man könne über Lösungen sprechen. Den Beschlussvorschlag 1 hält Herr Volmer für sinnvoll. Bei Beschlussvorschlag 2 könne man noch über die Höhe diskutieren. Es bleibe die Frage, ob die Gutschein-Aktion

sinnvoll sei. Herr Volmer würde sich zudem wünschen, dass diesbezüglich schlechte Stimmung gemacht würde.

Zur Gutschein-Aktion erläutert Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg, dass diese bewusst nur den Autofahrern zu Gute kommen solle. Die Aussage der Händlerschaft sei, dass allein die Parksituation der Grund für den Besucherrückgang sei. Hiermit könne dies konkret getestet werden. Die Ergebnisse könnten dann auch als Grundlage für künftige Diskussionen genutzt werden.

Herr Nielsen spricht sich für eine sachliche Einschätzung aus und dafür, nicht alles mit der Parksituation zu verknüpfen. Er sieht alle Beschlussvorschläge positiv. Herr Nielsen merkt zu Beschlussvorschlag 2 an, dass man bei der Parkraumfinanzierung der Entwicklung hinterher hänge. Bezüglich des Beschlussvorschlages 3 sei es gut, den Handel mit einzubeziehen, auch dieser müsse sich bewegen. Z. B. seien Samstagnachmittags keine Einkaufsbummel möglich. Der Handel könne noch attraktiver werden.

Auch Herr Sokol gibt seine Zustimmung zu den Beschlussvorschlägen. Die Parkplätze müssten wirtschaftlich bleiben und sich selber tragen.

Herr Böyer plädiert für eine Parkgebühr von maximal 1,40€ pro Stunde. Gleichzeitig kritisiert er Entscheidungen aus der Vergangenheit, wonach sich z. B. Ärzte in der Innenstadt ansiedeln konnten, ohne eigene Parkflächen erstellen zu müssen. Den Vorschlag der CDU, ab 14 Uhr kostenfrei zu parken sieht er vor allem wegen Leuten, die zum Arzt müssen, kritisch.

Herr Michels sieht kein Problem darin, das Parken zu subventionieren. Städte wie Ahaus oder Borken würden das innenstadtnahe Parken auch fördern mit kostenlosen oder halb so teuren Parkgebühren wie in Coesfeld.

Frau Albertz betont, dass der Klimafaktor, aber auch das Citymanagement dagegen sprechen würden.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg stellt noch einmal klar, dass zu keinem Zeitpunkt die Rede davon gewesen sei, dass alle Autos aus der Stadt verbannt werden sollen.

Herr Prinz erläutert, dass das gewünschte Steuerungselement funktioniere. Es gebe weniger Parksuchverkehr, viele Personen kämen auch mit dem Fahrrad. Dadurch habe man erreicht, dass z. B. ältere Menschen in die Stadt kommen können.

Herr Tranel beantragt, wie eingangs vorgeschlagen,

1. den Beschlussvorschlag 2 dahingehend zu ändern, dass die Parkgebühr auf 1,20 pro Stunde reduziert wird.
2. den Beschlussvorschlag 3 zu ersetzen und zu beschließen, dass ab 14 Uhr kostenfreies Parken in der Innenstadt möglich ist.

Die Fraktion Pro Coesfeld teilt mit, dass man fraktionsintern noch über die Höhe der Gebühr diskutieren müsse.

Herr Bücking spricht von einem nachhaltig negativen Außenbild und einer auswärtigen-feindlichen Parksituation. Der Klimaschutz sei hier das falsche Argument, die Händler hätten Einbußen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg stellt klar, dass es auch Aufgabe der Politik sei, dagegen zu halten und Fakten aufzuzeigen, damit keine selbsterfüllende Prophezeiung eintrete.

Herr Nielsen gibt noch einmal zu Bedenken, dass Umsatzrückgänge nicht an der Parkgebühr allein, sondern auch an der Kaufkraftqualität liegen würden. Es habe schon vorher Leerstände und Kritik gegeben. Zudem würden viele Coesfelder:innen schon mit dem Fahrrad in die Stadt kommen und Leute von außerhalb mit dem Auto. Außerdem mahnt Herr Nielsen an, dass man nun schnell agieren müsse, damit man einen Beschluss vor dem Weihnachtsgeschäft und den Black-Friday-Wochen im November fassen könne.

Herr Bachmann wünscht sich auch klare Ziele seitens der Bundesregierung.

Frau Kullik spricht sich für eine Senkung der Parkgebühren auf 1,40€ aus, um der Kritik zu begegnen und die Situation zu beruhigen.

Frau Albertz mahnt zum Abschluss der Diskussion, dass es noch keine repräsentativen Daten zur schlechten Stimmung geben würde. Es dürfe kein Wettbewerb der Städte werden, sich mit den Parkgebühren zu unterbieten. Das Geld für die Unterhaltung der Parkplätze werde schließlich auch gebraucht.

### **Beschlussvorschlag:**

**Beschluss 1:** Der Rat der Stadt Coesfeld beauftragt die Stadtverwaltung eine Auflistung zur Darstellung des innerstädtischen Parkraums mittels digitaler Anwendung „City Pilot“ zu erarbeiten und in einer der nächsten Sitzungen inkl. Kostenrahmen vorzustellen.

**Beschluss 2:** Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die Änderung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten insofern, als das die Gebühren innerhalb der Wallanlage (Zone 1) zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf 1,60 Euro je geparkter Stunde reduziert werden.

**Beschluss 3 - ergänzt:** Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die beschriebene Maßnahme „digitale Gutschein-Aktion für den innerstädtischen Handel“, *ergänzt um sämtliche Innenstadt-Akteure*. Hierzu werden 50.000 Euro aus dem laufenden Haushalt bereitgestellt.

**Beschlussvorschläge der CDU:**

**Beschluss 1:** Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die Änderung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten insofern, als das die Gebühren innerhalb der Wallanlage (Zone 1) zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf 1,20 Euro je geparkter Stunde reduziert werden.

**Beschluss 2:** Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt das kostenfreie Parken in der Innenstadt ab 14.00 Uhr.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1	15	0	0
Beschlussvorschlag 2	4	6	5
Beschlussvorschlag 3 – ergänzt	9	6	0
Beschlussvorschlag 1 der CDU	6	7	2
Beschlussvorschlag 2 der CDU	6	9	0

TOP 7	Änderung der Satzung über u.a. die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Kindertageseinrichtungen und die Betreuung in Kindertagespflege Vorlage: 168/2024
-------	---

Herr Fabry spricht sich dafür aus, dass der Kita-Besuch generell kostenfrei sein sollte und lehnt den Vorschlag daher ab.

Herr Beigeordneter Thies erläutert, dass die letzten beiden Jahre beitragsfrei sind und dass dies Sache des Landes sei.

Herr Nielsen spricht sich für den Vorschlag aus. Herr Fabry habe eigentlich eine SPD-Forderung formuliert.

**Beschlussvorschlag:**

Die als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, offenen Ganztagsgrundschulen und sonstigen schulischen Betreuungsangeboten auf dem Gebiet der Stadt Coesfeld vom 22.01.2024 wird beschlossen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
	13	1	1

TOP 8	Antrag auf Gewährung eines Investitionskostenzuschusses aus der Sportpau- schale zur Errichtung eines Vereinsheimes des SC Coesfeld 1951 e.V. auf dem Gelände des COE-Bades Coesfeld Vorlage: 230/2024
-------	---

**Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, das Vorhaben „Errichtung eines Vereinsheimes des SC Coesfeld 1951 e.V. auf dem Gelände des COE-Bades Coesfeld“ mit einem Investitionskostenzu-  
schuss in Höhe von 10.000 € - vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt 2025  
– zu unterstützen. Die Einzelheiten (Verwendungsnachweis, Zweckbindung etc.) sind in  
einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Verein zu regeln.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 9	Umgestaltung des Oldendorper Weges Vorlage: 185/2024/2
-------	---

Herr Ludorf (Fachbereich 60) erläutert die neuste Planung anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er betont, dass dieses Projekt seit 2018 laufe und das Ziel war, die Bäume zu erhalten. Die Planung sei alternativlos gewesen, wenn man dauerhaft etwas für die Bäume machen wolle. Sollte die günstigste Variante beschlossen werden, emp-  
fiehl Herr Ludorf die Markierung bis zum Haugen Kamp fortzuführen.

Herr Nielsen erkundigt sich, wieso die Variante mit 12 Stellplätzen günstiger sei als die Vari-  
ante mit 5 Stellplätzen.

Herr Ludorf antwortet, dass bei der Variante mit 12 Stellplätzen nur Markierungen getätigt wer-  
den müssten.

Herr I. Beigeordneter Hänsel ergänzt, dass bei der diese Variante das Parken im Straßenraum  
stattfinde, die Fahrräder die Autos also umfahren müssten. Bei der teureren Variante gäbe es  
eine bauliche Veränderung.

Herr Böyer spricht sich für eine Kennzeichnung bis zum Haugen Kamp aus.

Auch Herr Tranel sieht die Markierung positiv, die Kosten seien dadurch schon gedrittelt. Es  
sei wichtig, dass Stellplätze zur Verfügung stehen. Die Fraktion wolle die Varianten noch ein-  
mal besprechen.

Auch Herr Prinz begrüßt die neue Variante wegen des Erhalts der Bäume. Auch die Länge bis  
zum Haugen Kamp sei positiv und es gebe endlich eine Fahrradstraße.

Herr Ludorf betont, dass die Kosten umgerechnet auf die jeweilige Nutzungsdauer pro Jahr  
annähernd gleich seien.

Auf die Frage von Herrn Nielsen, welche Variante von den Anwohner:innen bevorzugt wurde, berichtet Herr Ludorf, dass die 1. Variante gut angekommen sei.

Herr Nielsen bittet darum, noch eine Info-Veranstaltung zu machen, da die nun vorgestellte Variante sich als mehrheitsfähig erweise.

Herr Ludorf kann sich dies vorstellen, allerdings könne es keine Diskussion mehr geben, wenn der Rat eine Variante beschließt.

Auf Nachfrage ergänzt Frau Diekmann-Cloppenburg, dass keine Variante vorgestellt worden ist, die nicht realisierbar ist.

Herr Nielsen beantragt, den Tagesordnungspunkt bis zur Ratssitzung zu vertagen.

### **Beschlussvorschlag 1:**

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Anlieger vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 5 beschlossen.

### **Beschlussvorschlag 2:**

Die als Anlage 3 und 6 vorgelegte Planung wird als Grundlage der Umgestaltung bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung weiter auszuarbeiten, die Maßnahme auszu-schreiben und umzusetzen.

### **Beschlussvorschlag der SPD:**

Die Beschlussfassung wird bis zur Ratssitzung am 30.10. vertagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1 - 2	keine Beschlussfassung		
Beschlussvorschlag der SPD	15	0	0

TOP 10	Festlegung der Vorgehensweise zur Erhebung der Grundsteuer ab 2025 (Auswirkungen der Grundsteuerreform) Vorlage: 255/2024
--------	--

Herr Tranel verlässt zu Beginn des Tagesordnungspunktes die Sitzung. Auch Herr Fabry verlässt die Sitzung vor der Beschlussfassung.

Frau Kämmerin Mittmann erläutert die aktuellen Entwicklungen zur Grundsteuerreform anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Bücking spricht von einem Dilemma. Seine Fraktion habe den Eindruck, dass der differenzierte Hebesatz gerechter wäre. Das Problem sei aber die Rechtsunsicherheit und die

Umsetzbarkeit. Daher fragt er, ob es eine kreisweite Abstimmung gebe und ob es eine realistische Perspektive gebe die Entscheidung z. B. im übernächsten Jahr zu korrigieren.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg antwortet, dass man sich auf der Bürgermeister-Konferenz einig gewesen sei über den einheitlichen Satz. Auch der Landrat habe diese Empfehlung ausgesprochen.

Frau Kämmerin Mittmann teilt mit, dass auch der Kreis der Kämmerer die rechtlichen Risiken bei einem differenzierten Hebesatz als zu hoch ansieht. Die Entscheidung über die Hebesätze könne aber jährlich wieder geändert werden. In Bezug auf die Gerechtigkeit erläutert Frau Mittmann, dass es auch eine neue Bewertungsmethode und eine neue Steuermesszahl gebe. Dass es Verschiebungen gebe sei auch Teil des Gesetzes.

Herr Volmer kritisiert, dass das Land die Problemlösung an die Kommunen weitergegeben habe. Innerhalb der Vorgaben des Landes bleibe nur die Möglichkeit des einheitlichen Hebesatzes. Besser solle man bei den Steuermesszahlen ansetzen.

Herr Bücking kritisiert zudem, dass die Messbeträge nicht angegriffen worden seien. Hier finde eine Verschiebung zu Lasten der Wohngrundstücke statt.

Frau Mittmann merkt an, dass diese Methoden zur Grundstücksbewertung so im Gesetz gewollt seien.

#### **Beschlussvorschlag 1:**

Die Verwaltung wird beauftragt eine Hebesatzsatzung mit einem einheitlichen Hebesatz für die Grundsteuer B zu erarbeiten

Alternativ:

#### **Beschlussvorschlag 2:**

Die Verwaltung wird beauftragt eine Hebesatzsatzung mit differenzierenden Hebesätzen für die Grundsteuer B für s. g. Nichtwohngrundstücke und s. g. Wohngrundstücke zu erarbeiten (entsprechend dem Gesetz über die Einführung einer optionalen Festlegung differenzierende Hebesätze im Rahmen des Grundvermögens bei der Grundsteuer Nordrhein-Westfalen)

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1	11	0	0
Beschlussvorschlag 2	obsolet		

Herr Tranel, Herr Fabry, Frau Albertz und Herr Bachmann sind während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 11    Anfragen

Herr Michels fragt, warum im Bereich Café Central/Münsterstraße Pflaster aufgenommen und geteert wurde und wer die Kosten trage.

Herr I. Beigeordneter Hänsel antwortet, dass diese Stelle gerade untersucht werde, um herauszufinden, wer in der Verantwortung ist.

gez. Eliza Diekmann-Cloppenburg  
Bürgermeisterin

gez. Katharina Woltering  
Schriftführerin